

# Eigentlich ganz praktisch?

## In sieben Volkswirtschaften der Eurozone gibt es Lohnanpassung an die Inflation

Jörn Boewe

Obwohl die Nominallöhne 2007/2008 in Deutschland so stark zulegten wie seit Jahren nicht, frisst die Inflation die Zuwächse weiter auf. 2007 stiegen die Tariflöhne im Schnitt um 2,2 Prozent. Obwohl dies die kräftigste Steigerung seit Jahren war, konnte damit nicht einmal die Inflationsrate ausgeglichen werden: Die Lebenshaltung verteuerte sich im selben Zeitraum um 2,3 Prozent. Allerdings kommen immer weniger Beschäftigte in den Genuss von Tariflöhnen. Die tatsächlich gezahlten Nominalentgelte blieben weit dahinter zurück. Die effektiven Stundenlöhne stiegen 2007 laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes im Schnitt um 1,2 Prozent. Der mittlere Reallohnverlust im Boomjahr 2007 lag für die abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland also bei 1,1 Prozent gegenüber 2006. Wie der WSI-Experte für Europäische Tarifpolitik, Thorsten Schulten, betont, verzeichnete Deutschland damit die stärksten Reallohnverluste aller Volkswirtschaften der Eurozone. Doch auch in der EU insgesamt war 2007, trotz Aufschwungs, der Saldo negativ. Selbst bei den Tarifentgelten musste ein Reallohnverlust von 0,2 Prozent hingenommen werden.

Angesichts der Finanzkrise und milliardenschwerer staatlicher Rettungspakete ist es mehr als unwahrscheinlich, dass es bei der aktuellen Inflation von zwei plus x Prozent bleibt. Mittlerweile haben etliche Industriestaaten gigantische Verluste privater Banken sozialisiert, die Regierung der größten europäischen Volkswirtschaft hat ein 500-Milliarden-Euro-Paket aus Zuschüssen und Garantien geschnürt, das praktisch einer unbegrenzten Staatshaf-

tung für die institutionalisierte Finanzspekulation gleichkommt. Sollte es in größerem Umfang in Anspruch genommen werden, sind die einzigen logisch möglichen Alternativen, wie Rainer Balcerowiak in der „jungen Welt“ anmerkte, „entweder eine Hyperinflation nebst gigantischer Absatzkrise oder der Staatsbankrott“.

**UMKÄMPFTES TERRAIN** In Belgien legten Anfang Juni landesweite Massenstreiks drei Tage lang diverse Branchen lahm. Auslöser waren Pläne der Regierung, den „Index“, das System der Koppelung der Löhne und Gehälter an die Inflationsrate, abzuschaffen. Belgien ist eine von sieben Volkswirtschaften in der Europäischen Union, in denen es mehr oder weniger umfassende Mechanismen zur automatischen Anpassung der Arbeitseinkommen an die gestiegenen Lebenshaltungskosten gibt. Sobald der Viermonatsdurchschnitt der Teuerung einen bestimmten Schwellenwert überschreitet (in der Vergangenheit meist zwei Prozent), werden die Löhne angeglichen. Nach Angaben der EZB werden davon sämtliche Staatsangestellten und „fast 100 Prozent der Beschäftigten im privaten Sektor erfasst“.

Eine vergleichbare umfassende Regelung existiert in Luxemburg. Wenn der Sechsmonatsdurchschnitt der Inflation höher ist als 2,5 Prozent, wird eine entsprechende „Tranche“ auf die Arbeitsentgelte aufgeschlagen. Auch hier geriet das Indexsystem unter Druck. 2006 ließen sich der Gewerkschaftsbund OGBL auf das „Tripartite-Abkommen“ mit Regierung und Unternehmern ein, das die Auszahlung der Tranchen auf höchstens eine im Jahr beschränkte, was mit einer zeitli-

chen Verzögerung der Entgeltanpassungen und bei Inflationsraten deutlich über 2,5 Prozent mit Reallohnverlusten verbunden ist. Gegenwärtig führt der OGBL eine Kampagne für die vorzeitige Aufkündigung des bis Ende 2009 laufenden Paktes.

Einen anderen Weg sind die Gewerkschaften in Spanien gegangen. Hier gibt es keine gesetzliche Indexierung, doch die meisten Tarifverträge enthalten Klauseln zum automatischen Inflationsausgleich. Laut EZB profitieren davon „rund 68 Prozent“ der Beschäftigten in der privaten Wirtschaft.

In Frankreich wird der gesetzliche Mindestlohn (auf dessen Niveau immerhin 13 Prozent der Beschäftigten im privaten Sektor arbeiten) mindestens einmal im Jahr um die Teuerungsrate zuzüglich der Hälfte der durchschnittlichen Reallohnsteigerung der Arbeiter erhöht.

Ähnliche Lohnanpassungssysteme existieren in drei kleineren Ländern: Zweimal jährlich werden die Löhne in Zypern an die Teuerung der vergangenen sechs Monate angeglichen (Abdeckung rund 65 Prozent der Beschäftigten im privaten Sektor), in Slowenien jeweils im Juli um die erwartete Inflation (Abdeckung rund 20 Prozent). In Malta werden die Mindestlöhne einmal im Jahr an die durchschnittliche Teuerungsrate der vergangenen zwölf Monate angepasst.

**STRATEGISCHE OPTION** Angesichts wachsender Teuerungsraten, die möglicherweise krisenbedingt noch ansteigen, und Reallohnverlusten, die offenkundig mit dem traditionellen tarifpolitischen Arsenal nicht rückholbar sind, drängt sich die Forderung nach einer gleitenden Lohn-

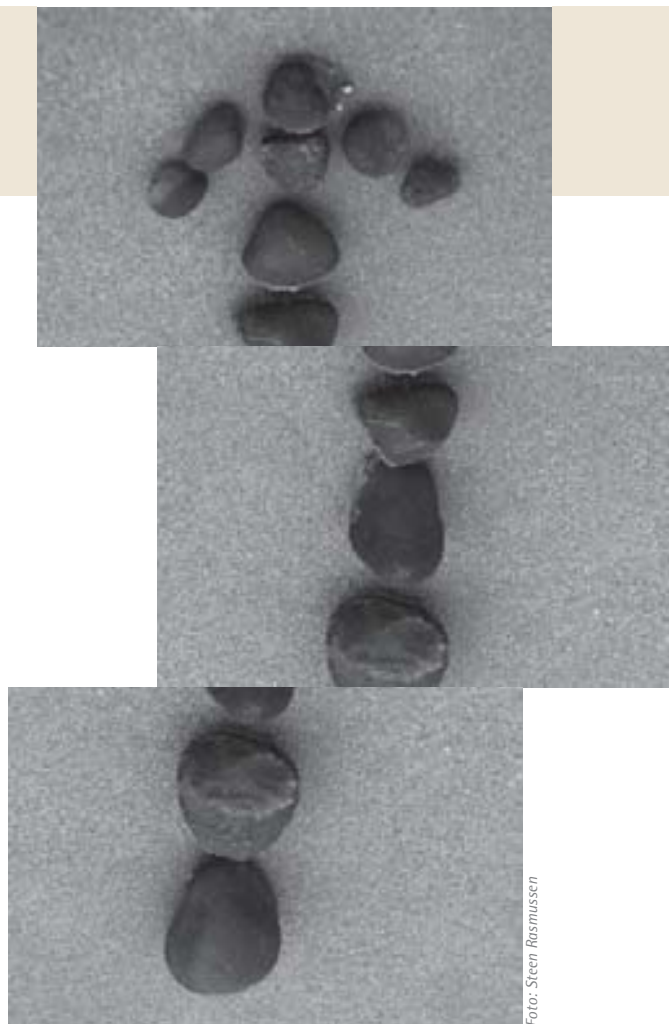


Foto: Steen Rasmussen

skala geradezu auf. Dennoch spielen Indexierungsmodelle in den strategischen Überlegungen der DGB-Gewerkschaften bislang praktisch keine Rolle. Nicht anders sieht es bei der Linkspartei aus. Die gleitende Lohnskala ist in diesen Kreisen nicht nur unpopulär, es gibt sogar starke Aversionen dagegen. Für den DGB-Tarifexperten Reinhard Dombre ist die Angelegenheit „kein Thema“ – schon weil damit ein Eingriff in die Tarifautonomie verbunden wäre. Der gewerkschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Werner Dreibus, hält die gleitende Lohnskala gar für eine „reaktionäre Variante“ der Lohnpolitik, allenfalls vertretbar für südeuropäische Länder mit schwachen Gewerkschaften. Jörg Wiedemuth, Leiter der tarifpolitischen Grundsatzaufteilung von ver.di, befürchtet, dass bei einem automatischen Inflationsausgleich das Mobilisierungspotenzial

schwinden würde. „Für 0,8 Prozent“ – den erwarteten volkswirtschaftlichen Produktivitätszuwachs in diesem Jahr – „kann man doch niemanden zum Streik aufrufen.“

An all diesen Einwänden ist etwas dran. Allein: Sie spiegeln in erster Linie die Sicht noch (oder ehemals) kampfstarker Branchenverbände wider, die für ihre Mitglieder in der Vergangenheit tatsächlich Reallohnzuwächse durchsetzen konnten. Vergessen wird bei diesen Einwänden, dass sowohl die Zuwächse als auch der Kreis derer, die in ihren Genuss kommen, immer kleiner werden und die Gewerkschaften für die Mehrzahl ihrer Mitglieder in den vergangenen Jahren noch nicht einmal einen Inflationsausgleich erreichten. Offenkundig ist auch die Sehnsucht nach den „guten alten Zeiten“ lang andauernder Nachkriegs-

prosperität – etwa wenn Dreibus die Strategie der „gleitenden Lohnskala“ mit dem Verweis auf „die politökonomischen Erfahrungen aus 40, 50 Jahren alter Republik“ zurückweist und stattdessen darauf setzt, „die Tarifmächtigkeit der Gewerkschaften wiederherzustellen“. So wünschenswert dies aus Gewerkschafter-sicht sein mag: Nichts zeichnet sich derzeit weniger ab, als eine Rückkehr zum „rheinischen Kapitalismus“, im Gegenteil: Der vorerst letzte Konjunkturzyklus (2005-2008) war der bislang erste, in dem die Reallöhne sogar während des Aufschwungs zurückgingen. Und noch ein Punkt wird ausgeblendet: Gewerkschaften brauchen – gerade in Zeiten rückläufiger Tarifbindung – eine gesellschaftspolitische Strategie, die nicht nur die ökonomischen Interessen ihrer eigenen Klientel, sondern der arbeitenden Klasse insgesamt, einschließlich der „industriellen Reservearmee“ im Auge hat. Wollen sie dieses Feld nicht den Parteien überlassen, kommen sie schnell an einen Punkt, wo sich die Frage nach dem politischen Streik stellt. Damit wären wir dann allerdings beim nächsten Reizthema.

Jörn Boewe lebt in Berlin und arbeitet als politischer Redakteur der Tageszeitung *junge Welt*.

**Zitierte oder zugrunde liegende Literatur:** Rainer Balcerowiak, in: *junge Welt* vom 14. Oktober 2008 · Reinhard Bispinck: *Verteilungskämpfe und Modernisierung*, Hamburg 2008 · Europäische Zentralbank (EZB), Monatsbericht Mai 2008. · Fédération Générale du Travail de Belgique (FTGB): *Communiqué de presse*, 13. Juni 2008 · Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): *IAB-Kurzbericht* 16/2008 · Camille Logeay / Rudolf Zwiener: *Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer*, in: *WSI Mitteilungen* 8/2008 · Thorsten Schulten, in: *WSI-Mitteilungen* 9/2008